



Willkommen

Büro für Zugewanderte

Ein Projekt der Stadt Bielefeld und der Verbände der
freien Wohlfahrtspflege

Statusbericht Mai 2024



Inhalt

1. Hintergrund	1
2. Kurzbeschreibung des Konzeptes.....	1
3. Zielgruppe.....	2
4. Inanspruchnahme.....	2
5. Eckpunkte der Beratung	3
6. Inhalte der Beratung	4
7. Erfahrungen mit dem Zugang zu Regeldiensten	6
8. Wirksamkeit des Angebotes.....	7
9. Ausblick	8
Anlagen.....	9
1. Staatsangehörigkeiten der Ratsuchenden	9
2. Grund der Beratung.....	10
3. Übersicht der Verweisberatung	10

1. Hintergrund

Für Zugewanderte ist es nicht leicht, das deutsche Hilfesystem zu verstehen und die richtigen Ansprechpartner*innen für oftmals individuelle Probleme und Fragestellungen zu finden. Je nach Rechtsstatus können unterschiedliche Ämter, Beratungsstellen oder Einrichtungen die richtige Anlaufstelle beziehungsweise zuständig sein. Eine wichtige Rolle bei der Deckung dieser multiplen Beratungsanlässe spielen in Ergänzung der kommunalen Strukturen die Angebote der Wohlfahrtsverbände, Schlüsselakteure aus den eigenen ethnischen Communities, ehrenamtliche Initiativen, Migrantenorganisationen oder Stadtteilinitiativen.

Positiv herauszuheben ist, dass vielfältige Beratungsangebote und partiell auch Trägervereinbarungen existieren, es mangelt aber an Transparenz, Absprachen und regelmäßigem Austausch. Ein Teil der Menschen erhält im Rahmen der Erstorientierung zu wenige Informationen über dieses Beratungs- und Unterstützungssystem in Bielefeld. Infolgedessen werden vorhandene Möglichkeiten des Spracherwerbs, der Qualifizierung, der Anerkennung von Abschlüssen usw. unzureichend zielgerichtet genutzt. Dies führt zu Zeit- und Ressourcenverlusten.

Da die Art und Weise des Ankommens und der Erstorientierung starken Einfluss auf den weiteren Integrationsprozess hat, ist es von besonderer Bedeutung, frühzeitig durch individuell angepasste Förderangebote zu unterstützen. Die unmittelbare, kompetente und unbürokratische Weitergabe von Informationen und die Vermittlung an entsprechende Angebote trägt dazu bei, die Integration der Zugewanderten und Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

Um dies umzusetzen, hat der Sozial- und Gesundheitsausschuss im Mai 2020 die Einrichtung einer „Erstanlaufstelle für (Neu)Zugewanderte“ beschlossen. Das Angebot soll dazu beitragen, dass die Zielgruppe die in Bielefeld vorhandenen Unterstützungsangebote kennenlernt und in Anspruch nehmen kann.

2. Kurzbeschreibung des Konzeptes

Das Willkommen-Büro wird als Gemeinschaftsprojekt der Stadt Bielefeld und der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege umgesetzt. Das Angebot richtet sich an Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte und bietet ihnen eine Kurz- und Verweisberatung. Themen einer Beratung sind z.B. Aufenthalt, Bildung und Arbeit, finanzielle Fragen, familiäre Angelegenheiten, Gesundheit und Wohnen. Es werden erste Informationen gegeben und offene Fragen beantwortet. Bei höherem Beratungsbedarf werden die Ratsuchenden zu passenden Beratungsstellen vermittelt.

Die Beratung wird von den Mitarbeitenden der Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zugewanderte (MBE)¹ und dem Jugendmigrationsdienst (JMD)² der freien Träger zusammen mit den Mitarbeitenden der Sozialberatung zur Integration Zugewanderte im Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – der Stadt Bielefeld durchgeführt.

¹ Träger der MBE: Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Bielefeld; Caritasverband Bielefeld; Deutsches Rotes Kreuz; Diakonie für Bielefeld; Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V.

² Träger des JMD: Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Bielefeld

Organisatorisch ist das Willkommen-Büro dem Abschnitt Case Management der Abteilung Sozialberatung zur Integration Zugewanderter im Sozialamt zugeordnet. Die Koordination der Dienste erfolgt durch zwei Koordinatorinnen (jeweils mit einem 0,5 –Stellenanteil, angesiedelt bei der Stadt Bielefeld und der Diakonie für Bielefeld), finanziert aus Mitteln des Integrationsbudgets.

Aufgrund der Sprachenvielfalt der Berater*innen ist eine Beratung vor Ort in verschiedenen Sprachen möglich; Sprachmittler*innen werden bei Bedarf hinzugezogen. Die Beratung ist als offenes Angebot konzipiert, eine Terminvereinbarung ist nicht notwendig. Das Willkommen-Büro öffnet werktags von Montag bis Freitag von 09.00 bis 12.00 Uhr, sowie von Montag bis Donnerstag jeweils von 13.00 bis 16.00 Uhr.

Das Willkommen-Büro wurde im März 2022 aufgrund des Krieges in der Ukraine kurzfristig eröffnet und diente die ersten Monate als Erstanlaufstelle für die ukrainischen Geflüchteten. Hier wurden die Menschen beim Registrierungsprozess in Bielefeld unterstützt und erhielten Beratung zur materiellen und sozialen Versorgung, wobei sich insbesondere die enge Zusammenarbeit zwischen der Ausländerbehörde und dem Willkommen-Büro im Bereich der Neu-Registrierungen der Ukrainer*innen bewährt hat.

Vor dem Hintergrund der Ausrichtung auf Menschen aus der Ukraine, des hohen Beratungsaufkommens der ersten Monate und der noch fehlenden Standards und Prozessabläufe der Anlaufstelle wurde in den ersten Monaten keine regelhafte Dokumentation geführt. Erst ab Oktober 2022 war es dann möglich, das Willkommen Büro wie ursprünglich geplant für alle Zugewanderten zu öffnen.

3. Zielgruppe

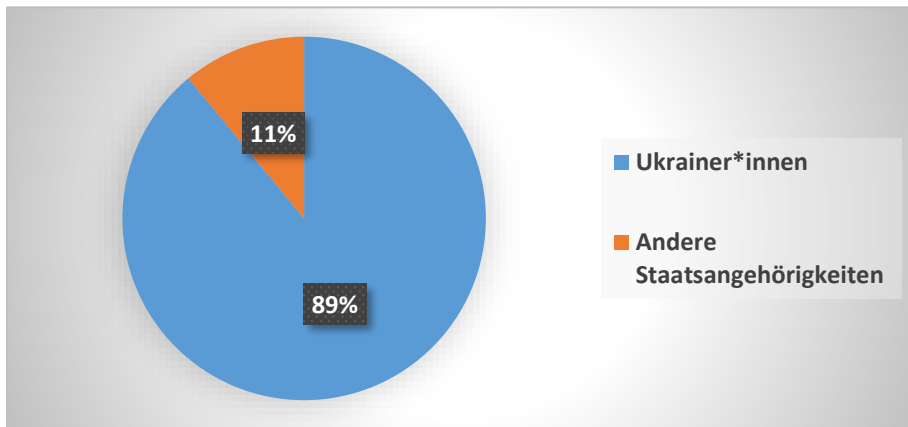
Das Angebot der Anlaufstelle richtet sich an folgende Zielgruppen:

- Zugewanderte unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- EU-Bürger*innen und Drittstaatsangehörige
- alle Menschen mit Fluchthintergrund
- Spätaussiedler*innen
- bereits länger in Deutschland lebende Zugewanderte, die noch Unterstützungsbedarf haben
- Studierende aus dem Ausland
- Ehrenamtliche Unterstützer*innen von Zugewanderten
- Einrichtungen und Dienste, die mit Zugewanderten Kontakt haben (z.B. Schulen, KITAS, Gesundheitseinrichtungen, Kirchen, andere Beratungsstellen)

4. Inanspruchnahme

Das Angebot wird nach wie vor zum großen Teil von ukrainischen Geflüchteten genutzt. Insgesamt wurden im Zeitraum Dezember 2022 bis Februar 2024 rund 4.200 Beratungen durchgeführt. Die Ratsuchenden kamen aus 80 verschiedenen Staaten (s. Anlage 1).

Abbildung 1:



(Stand: 26.02.2024)

5. Eckpunkte der Beratung

In der Regel sind zwei Berater*innen gleichzeitig vor Ort. Um die Kommunikation für die Geflüchteten in Hinblick auf die oftmals hemmende Sprachbarriere zu erleichtern, werden die Berater*innen vormittags durch ukrainisch- oder russischsprachige Sprachmittler*innen unterstützt.

Die Anliegen der Ratsuchenden sind vielschichtig und reichen von Fragen betreffend der Arbeitsaufnahme bis zu Fragen rund um ausländerrechtliche Zuweisungen. Bei besonders häufig vorkommenden Fragen wird mit mehrsprachigen Handzetteln gearbeitet, die kurze Informationen sowie Kontaktdaten bei einer Weiterleitung an die zuständigen Stellen enthalten.

Auch Vordrucke von Formularen und Anträgen werden bei Bedarf in Papierform ausgegeben oder der Zugang zu den Online-Formularen und Online-Terminbuchungssystemen erklärt. Im Willkommen-Büro wird weiterhin auch die Erstberatung nach der Neu-Registrierung von Geflüchteten aus der Ukraine durchgeführt. Die Menschen erhalten Erstinformationen über den Zugang zu Sozialleistungen, Krankenversicherung, Sprachkursen etc.

Soweit es Fragen zu aufenthaltsrechtlichen Themen oder zur Verlängerung/Beantragung von Aufenthaltsdokumenten gibt, findet telefonisch eine Absprache mit der Ausländerbehörde statt oder die Ratsuchenden müssen einen Termin in der Ausländerbehörde vereinbaren.

Viele Ratsuchende haben Schwierigkeiten mit der Online-Buchung von Terminen bei Ämtern der Stadtverwaltung. Aus diesem Grund wird auf den Handzetteln zur Terminvereinbarung mit QR-Codes gearbeitet. Dies erleichtert es den Ratsuchenden, direkt die richtige Homepage zur Terminvereinbarung aufzurufen. Bei Bedarf wird der Buchungsablauf erklärt oder vor Ort gemeinsam ein Termin gebucht.

Die Ratsuchenden werden bei der Beratung auf weitere Unterstützungsmöglichkeiten hingewiesen. Neben den Regeldiensten wird vor allem an die „Sozialberatung zur Integration Zugewanderter“ (500.44) des Sozialamtes und an die Migrationsberatungsstellen und

den Jugendmigrationsdienst der freien Träger verwiesen. Die Ratsuchenden erhalten Kontaktdaten der zuständigen Stellen, in dringenden Fällen wird auch direkt telefonisch Kontakt zu der jeweiligen Stelle aufgenommen.

6. Inhalte der Beratung

Mit Blick auf die Inhalte der Beratung spielt das Thema Aufenthalt eine zentrale Rolle. Besonders die Verlängerung und Beantragung der Aufenthaltstitel beschäftigt die Menschen sehr. Viele der Ukrainer*innen möchten ihren Aufenthaltstitel im Checkkarten-Format („Plastikkarte“) erneuern. Besonders nach einem Aufenthalt in der Ukraine befürchten sie, dass die Einreise zurück nach Deutschland schwierig wird.

„Die Aufenthaltserlaubnisse von Geflüchteten aus der Ukraine, die vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind und in Deutschland Schutz erhalten haben, gelten bis zum 4. März 2025 fort. [...] Die Betroffenen müssen damit keinen Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltsstatus stellen und es sind keine damit verbundenen Termine bei den Ausländerbehörden notwendig. Grundlage für die weitere Verlängerung des vorübergehenden Schutzes ist ein Beschluss der EU-Mitgliedstaaten Ende September 2023.“ *Bundesministerium des Inneren und für Heimat: „Schutzstatus der Geflüchteten aus der Ukraine wird bis März 2025 verlängert“ (2023) unter: [BMI - Presse - Schutzstatus der Geflüchteten aus der Ukraine wird bis März 2025 verlängert \(bund.de\)](#) (abgerufen am 26.02.2024)*

Diese Regelung hat bei vielen Menschen aus der Ukraine für Verunsicherung gesorgt, es gab und gibt einen hohen Beratungsbedarf im Hinblick auf die Auslegung der Regelungen für die Geflüchteten und Verständnisfragen. Häufig werden auch Fragen zur Familienzusammenführung gestellt. Ratsuchende wollen wissen, wie ihre Verwandten nach Bielefeld kommen können.

Auch Ratsuchende aus anderen Herkunftsländern als der Ukraine haben oft Fragen zu aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten. Besonders der Zugang zur Ausländerbehörde gestaltet sich häufig als Hindernis, da lange Wartezeiten und fehlende Termine aufgrund der Überlastung der Behörde auftreten. Dies stellt Ratsuchende oft vor erhebliche Schwierigkeiten. Das Willkommen-Büro kann punktuell unterstützen, indem die Berater*innen telefonisch mit der Ausländerbehörde in Kontakt treten und so eine zeitnahe Vorsprache ermöglichen.

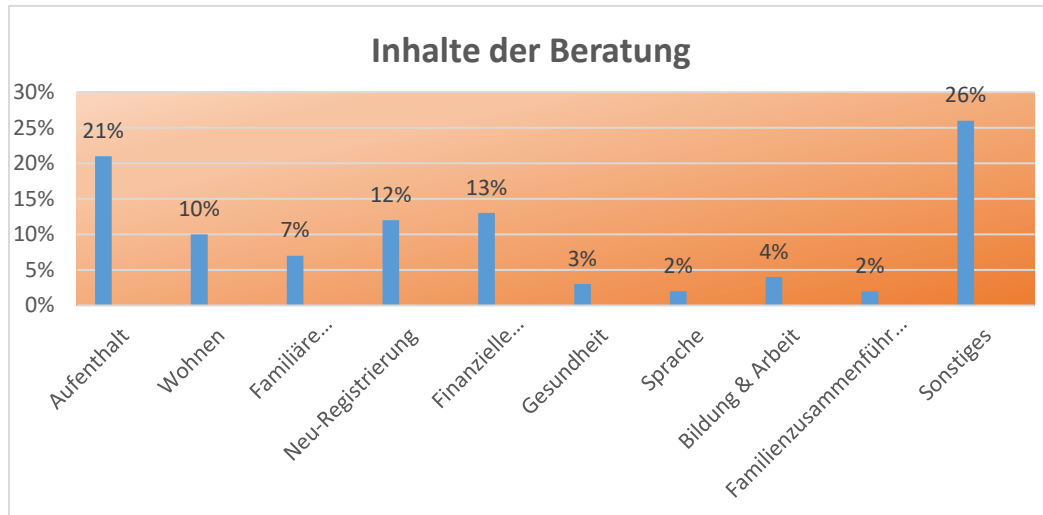
Vielen Ratsuchenden ist nicht klar, auf welche Leistungen sie Anspruch haben und wie die Antragsstellung funktioniert. Von daher werden finanzielle Angelegenheiten im Willkommen-Büro zahlreich thematisiert. Häufig gibt es Fragen zum Leistungsbezug beim Jobcenter und Sozialamt (AsylbLG, SGB XII, SGB XI). Auch Fragen zum Kindergeld, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss oder zur Beantragung von Leistungen für Menschen mit Behinderung werden im Willkommen-Büro immer wieder vorgebracht. Regelmäßig werden behördliche Briefe nicht verstanden oder der Umgang mit den Sozialleistungsträgern bereitet den Ratsuchenden Schwierigkeiten.

Außerdem wenden sich die Ratsuchenden häufig mit dem Thema „Wohnen“ an das Willkommen-Büro. Beengte Wohnverhältnisse, schlechte Bausubstanz, Probleme mit bestehenden Mietverträgen oder auch der generelle Wohnungsmangel sind Beratungsthemen. Auch kommen immer wieder Personen ins Willkommen-Büro, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Wohnung verloren haben. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung des Sozialamtes.

In letzter Zeit kommen auch vermehrt EU-Bürger ins Willkommen-Büro, besonders aus Bulgarien, zumeist, weil sie sich in einer finanziellen Notlage befinden.

Das folgende Schaubild gibt einen Überblick über die vielschichtigen Inhalte der Beratung, wobei die Kategorie weniger existentielle Fragen wie z.B. Anmeldungen von Hunden oder KFZ, zum Vorgehen bei verlorenen Ausweisdokumenten oder dem Zugang zu Fahrschulunterricht beinhaltet.

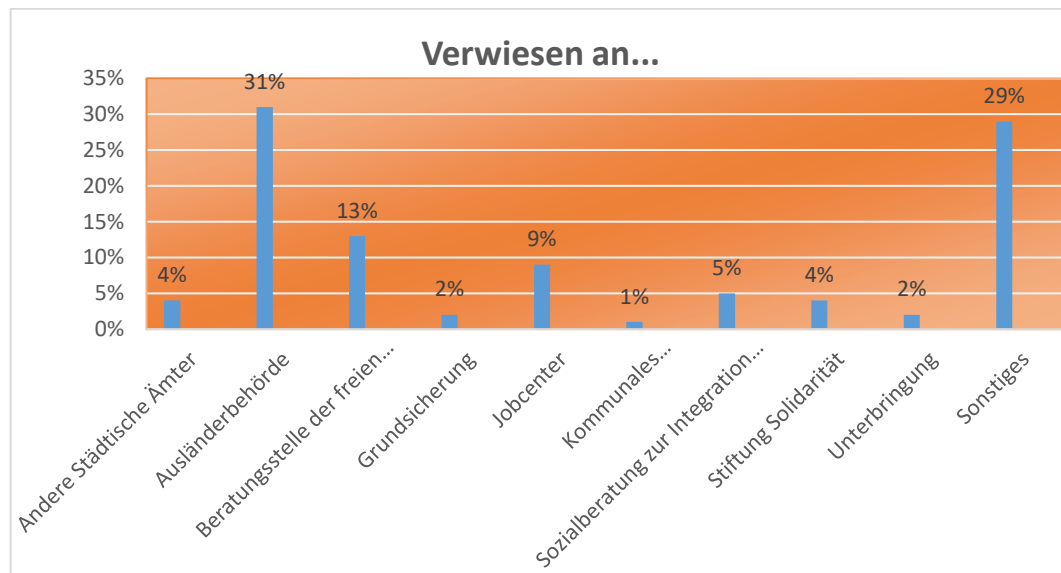
Abbildung 2:



(Stand 26.02.2024, siehe Anlage 2; Statistik geführt ab Dez. 2022)

Korrespondierend mit den Inhalten der Beratung finden sich im folgenden Schaubild die Dienste und Einrichtungen, an die verwiesen worden ist:

Abbildung 3:



(Stand 26.02.2024, siehe Anlage 3; Statistik geführt ab Dez. 2022)

7. Erfahrungen mit dem Zugang zu Regeldiensten

Der Zugang zu bzw. Umgang mit den Regeldiensten gestaltet sich für Zugewanderte oftmals schwierig. Online-Terminbuchungen, quantitativ nicht ausreichende Terminmöglichkeiten, bürokratische Prozesse und Briefe in komplizierter Sprache machen es vielen Menschen nicht leicht. Im Willkommen-Büro werden viele Beratungen durchgeführt, die genau jene Probleme zum Thema haben. Das Willkommen-Büro stellt für die Menschen dabei eine wichtige Hilfe dar und kann oft sehr gut unterstützen. So konnte z.B. bei Aufenthaltsrechtlichen Fragen oft durch das Willkommen-Büro eine Lösung mit der Ausländerbehörde gefunden werden.

Seit Beginn des Ukrainekriegs gibt es bei der kommunalen Ausländerbehörde Sachbearbeitende, die speziell für Geflüchtete aus der Ukraine zuständig sind. Die Zusammenarbeit zwischen dem Willkommen-Büro und diesen Sachbearbeitenden hat in den letzten zwei Jahren in der Regel effektiv, kollegial und zielführend funktioniert und einen schnellen Zugang zur Registrierung für Ukrainer*innen ermöglicht.

Bis Anfang 2024 konnten ukrainische Geflüchtete auch bei allen anderen aufenthaltsrechtlichen Anliegen über diesen Weg ohne Termin bei der Ausländerbehörde vorsprechen. Nach internen Umstrukturierungen ist anzuerkennen, dass sich die Ausländerbehörde auch weiterhin bemüht, in Kooperation mit dem Willkommen-Büro kurzfristige Lösungsvorschläge und Terminlösungen zu finden.

Aufgrund der hohen bürokratischen Vorgaben, der Komplexität des Einbürgerungsrechts und der Personalknappheit dauert die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen nicht selten Jahre, was zu großer Frustration bei den Ratsuchenden führt.

Zum Teil wird von Ratsuchenden zurückgemeldet, dass sich an einigen Stellen in der Stadtverwaltung wenig Mühe gegeben wird, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen zu verstehen. So berichten Ratsuchende, dass sie mit dem Hinweis abgewiesen werden, sie sollen eine Deutsch sprechende Person zu Terminen mitbringen (obwohl die Kommunikation mit den Menschen aus Sicht des Willkommen-Büros durchaus auch auf Deutsch oder Englisch möglich erscheint). Solcherlei Erfahrungen verunsichern und frustrieren Ratsuchende und machen sie abhängig von Hilfe, erfordern die Aktivierung weiterer eigener Ressourcen (Organisation von weiteren Familienmitgliedern, Nachbarn, Bekannten und Verwandten, um Termine zu begleiten) oder städtischer Ressourcen (Begleitung durch städtische Mitarbeiter*innen zu den Terminen), obwohl dies zur Bearbeitung der häufig einfachen Anliegen nicht notwendig erscheint.

Auch das Jobcenter ist häufig Thema in den Beratungen, weil zum Beispiel Briefe des Jobcenters nicht verstanden werden, es Schwierigkeiten gibt, die erforderlichen Formulare auszufüllen oder die Online-Angebote überfordern. Seit einiger Zeit gibt es beim Jobcenter Bielefeld einen telefonischen Übersetzungsdienst, was die Kommunikation zwischen Sachbearbeitenden und Kund*innen erleichtert. Zugewanderte können dadurch ihre Anliegen mit dem Jobcenter häufiger selbst besprechen, was positiv zu bewerten ist.

8. Wirksamkeit des Angebotes

Das Willkommen-Büro spielt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bielefeld. Die Vorgehensweise einer offenen Beratung ohne Terminvereinbarung gewährleistet, dass die Ratsuchenden in Angelegenheiten, die ihnen Unsicherheiten bereiten, kurzfristig Unterstützung erhalten können. Die mehrsprachige Beratung erleichtert die Kommunikation und das Verständnis für komplexe bürokratische Prozesse wird verbessert.

Die lokalen Zuständigkeiten in der Migrationsarbeit sind nicht so leicht zu überblicken. Abhängig von Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit und je nach Anliegen gibt es unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten. Ohne das Willkommen-Büro gestaltet es sich für viele Zugewanderte schwierig, die passende Stelle für ihr Anliegen zu finden. Das Willkommen-Büro bietet hier eine wichtige Orientierung. Ratsuchende können im Willkommen-Büro eine kurzfristige Einschätzung darüber erhalten, wie dringlich ihre Anliegen sind. Die Weiterleitung an die richtige zuständige Stelle verhindert, dass Ratsuchende mehrfach weiterverwiesen werden, in den Fluren des Rathauses „stranden“ und möglicherweise keinen Zugang zum richtigen Angebot bekommen. Durch Sprachbarrieren und fehlendes Wissen über Abläufe in Deutschland kann es zu finanziellen und sozialen Problemen kommen, wie Schulden, finanziellen Notlagen und Wohnungslosigkeit.

Einige Dienste arbeiten ausschließlich mit Terminen oder können nur begrenzte Beratungszeiten anbieten, was den Zugang erschwert. Das Willkommen-Büro fungiert hier als ermöglichende Vermittlungsstelle zwischen Ratsuchenden, Behörden und anderen Unterstützungseinrichtungen. Die bereitgestellten Informationen erleichtern es den Menschen erheblich, die relevanten Schritte im Auge zu behalten.

Durch die Möglichkeit, einige Anfragen und Unklarheiten direkt im Willkommen-Büro zu klären, verringert sich die Notwendigkeit, persönlich bei den entsprechenden Ämtern vorzusprechen.

Das Willkommen-Büro fungiert oft als Vermittler und Hilfestelle für Ratsuchende, die mit Schwierigkeiten bei Ämtern oder anderen Stellen konfrontiert sind. Oftmals handelt es sich lediglich um Kommunikationsprobleme, die das Willkommen-Büro erfolgreich lösen kann. Diese Unterstützung verhindert, dass Ratsuchende sich bei bürokratischen Abläufen hilflos und allein gelassen fühlen. Darüber hinaus erleichtert z.B. die Erklärung von Schreiben den Ratsuchenden die vollständige Einreichung von Anträgen, was wiederum den Arbeitsablauf der zuständigen Stellen optimiert und dafür sorgt, dass Ratsuchende schneller Leistungen erhalten.

Die Wirksamkeit der Beratung im Willkommen-Büro bei der Lösung der Probleme der Ratsuchenden ist nicht immer nachhaltig. Wenn im Rahmen einer Verweisberatung eine Weiterleitung an eine andere Stelle der Stadtverwaltung erforderlich ist, weil das Problem nicht vor Ort gelöst werden kann, bleibt oft unklar, ob das Anliegen des Ratsuchenden letztendlich geklärt werden konnte.

Das Angebot wird von der Zielgruppe gut angenommen, wobei vor allem die Geflüchteten aus der Ukraine die Beratung intensiv nutzen. Auch wenn die Ratsuchenden bereits bei der Sozialberatung der Stadt oder einer MBE angekommen sind, wird das Willkommen-Büro gerne für kurze, weniger komplexe Fragen aufgesucht.

Die Rückmeldungen der Ratsuchenden bezüglich des Willkommen-Büros sind ganz überwiegend positiv. Viele verlassen sich mittlerweile auf die Möglichkeit, unkompliziert Beratung zu erhalten.

9. Ausblick

Die Zuwanderung im Verlauf der letzten Jahre ging und geht mit unterschiedlichen Herausforderungen für die Menschen selbst, die Regelangebote und die Stadtgesellschaft einher. Ziel der Stadt Bielefeld ist es, ein gelingendes Ankommen und ein umfassendes Betreuungs- und Beratungskonzept für Neuzugewanderte mit unterschiedlichen Voraussetzungen der Teilhabe zu etablieren. Die Aufnahme der Menschen aus der Ukraine hat gezeigt, wie wichtig das Willkommen-Büro als Orientierungshilfe im Kontext von Leben und Arbeiten in Bielefeld und der Verweis an weitere passgenaue Dienstleistungen ist.

Das Angebot der Anlaufstelle ist grundsätzlich für alle (Neu)Zugewanderten offen. Nach der anfänglichen Fokussierung auf die Belange der Ukrainer*innen geht es im Weiteren u.a. darum, dass Angebot breiter aufzustellen und noch mehr Menschen aus anderen Herkunftsländern zu erreichen. Hierzu wurden bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen.

Das Willkommen-Büro wurde bei Veranstaltungen und Netzwerktreffen vorgestellt, es gab z.B. am PSAG-Fachtag einen Stand vom Willkommen-Büro, um die Sichtbarkeit und Bekanntheit des Angebotes zu erhöhen. Öffentlichkeitsarbeit wird auch durch Zeitungsartikel geleistet, um die Aufmerksamkeit potenzieller neuer Zielgruppen auf das Willkommen-Büro zu lenken.

Das Willkommen-Büro wurde in Sprachschulen vorgestellt und es wurden Flyer verteilt, um gezielt Menschen anzusprechen, die Deutsch als Fremdsprache lernen und potenziell Unterstützung durch das Willkommen Büro benötigen. Über bestehende Netzwerke, z.B. aus dem Kommunalen Integrationsmanagement, wurden weitere relevante Akteure der Migrationsarbeit über das Angebot informiert (z.B. Migrantenselbstorganisationen, die Migrationskonferenz). Analog der guten und konstruktiven Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde soll die Zusammenarbeit mit weiteren Behörden und Dienststellen intensiviert und ausgebaut werden.

Das Willkommen-Büro ist ein Vorläufer für die notwendige Netzwerkarbeit im Rahmen des KIM-Case Managements und soll als Beratungsnetzwerk für Geflüchtete und Zugewanderte in Bielefeld weiterentwickelt und gestärkt werden.

Anlagen

1. Staatsangehörigkeiten der Ratsuchenden

Staatsangehörigkeit	Personenanzahl	Staatsangehörigkeit	Personenanzahl
Ukraine	5736	Spanien	4
Irak	76	St. Lucia	3
Türkei	76	Ägypten	3
Arabische Republik Syrien	51	Bosnien und Herzegowina	3
Bulgarien	50	Georgien	3
Russische Föderation	30	Litauen	3
Nigeria	30	Ecuador	3
Afghanistan	29	Tadschikistan	3
Deutschland	28	Lettland	3
Italien	22	Simbabwe	3
Serbien	19	Portugal	2
Pakistan	17	Chile	2
Ungarn	15	Vereinigtes Königreich	2
Ghana	14	Kolumbien	2
Islamische Republik Iran	14	Angola	2
Marokko	14	Thailand	2
Kasachstan	12	Vietnam	2
Polen	12	Armenien	1
Somalia	9	ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	1
Rumänien	9	Argentinien	1
Republik Moldau	9	Kongo	1
Schweden	9	Frankreich	1
Indien	8	Tschechien	1
Aserbaidshan	8	Sudan	1
Tunesien	8	China	1
Vereinigte Staaten	7	Brasilien	1
Griechenland	7	Côte d'Ivoire	1
Nordmazedonien	7	Peru	1
Kirgisistan	7	Zentralafrikanische Republik	1
Bangladesch	6	Slowakei	1
Vereinigte Arabische Emirate	6	Weißrussland	1
Kanada	6	Südafrika	1
Guinea	6	Uganda	1
Kosovo	5	Malediven	1
Kamerun	5	Bolivarische Republik Venezuela	1

Andorra	4	Philippinen	1
Sri Lanka	4	Kenia	1
Togo	4	Madagaskar	1
Albanien	4	Jordanien	1
Gambia	4		
Gesamt	6454		

Stand: 20.02.2024

2. Grund der Beratung

Grund der Beratung	Vorsprachen
Aufenthalt	852
Wohnen	434
Familiäre Angelegenheiten	309
Neu-Registrierung UKR	490
Finanzielle Angelegenheiten	547
Gesundheit	111
Sprache	66
Bildung & Arbeit	147
Familienzusammenführung	102
Sonstiges	1049
Gesamt	4107

Stand: 26.02.2024

3. Übersicht der Verweisberatung

Verwiesen an...	Häufigkeit
Andere städtische Ämter	199
AsylbLG	26
Arzt	48
Ausländerbehörde	1605
Beratungsstelle der freien Träger	674
Einbürgerungsstelle	8
Grundsicherung	93
Jobcenter	473
Kommunales Integrationszentrum	60
Polizei	11
Rechtsberatung	21
Sozialberatung zur Integration Zu- gewanderter	251
Stiftung Solidarität	231
Unterbringung	110
Verbraucherzentrale	10
Wohnungsbaugesellschaften	31
Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)	36
Sonstiges	802
Gesamt	5198

Stand: 04.03.2024